

Stellungnahme



Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur

Strategie für die langfristige Verringerung der Treibhausgas-Emissionen in der EU

08.10.2018

Der DGB begrüßt, dass die EU ihre Strategie für die langfristige Verringerung der Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union im Sinne der Klimaziele von Paris aktualisieren möchte. Es ist gut, dass die EU die Vereinbarung von Paris ernst nimmt und die darin geforderte Langfriststrategie umsetzen will.

Im Mai 2018 hat der 21. Ordentliche Bundeskongress des DGB seine Forderungen an einen gerechten Strukturwandel im Hinblick auf Klimaschutz, Energie- sowie Verkehrswende beschlossen. Die Positionen der Deutschen Gewerkschaften, die sich aus diesem Beschluss für eine Langfriststrategie der EU ergeben, möchte der DGB im Folgenden darstellen:

1. Just Transition in der Klimapolitik

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen das Klimaabkommen von Paris, in dem sich die Menschheit dazu verpflichtet hat, den globalen Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Außerdem bekennt sich der DGB zu dem EU-Klimaziel für 2030, den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent zu senken.

Der DGB fordert weiterhin, dass innerhalb dieser Zielarchitektur die europäischen Energie- und Klimaziele für die Mitgliedstaaten verpflichtend sind und entsprechend ihrer Möglichkeiten heruntergebrochen werden. Hierzu gehören neben den Zielen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz auch Ziele für Versorgungssicherheit und industrielle Entwicklung. Energieeffizienz kann dabei deutlich stärker als bisher zur Verhinderung des Klimawandels beitragen.

Die schrittweise Abkehr von der Verbrennung fossiler Energieträger, die Umstellung auf erneuerbare Energieträger und der damit einhergehende Strukturwandel stellen die Beschäftigten vor große Herausforderungen. Um diese zu bewältigen gilt es, den Wandel in der Energiewende und der Verkehrswende gerecht zu gestalten.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Abt. Struktur-, Industrie- und
Dienstleistungspolitik

Frederik Moch
Abteilungsleiter

frederik.moch@dgb.de

Telefon: 030 24060 576
Telefax: 030 24060 677

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

www.dgb.de

Für die deutschen Gewerkschaften ist es wichtig, dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Langfristperspektive im Strukturwandel gegeben wird. Die Energie- und Klimapolitik in der EU und in den Mitgliedstaaten muss deshalb zukünftig stärker die gerechte Gestaltung des Strukturwandels (Just Transition) im Blick haben. Entsprechend muss in der Langfriststrategie beschrieben werden, wie Just Transition zum Leitprinzip der Energie- und Klimapolitik in der EU werden kann.

Mit diesem Ziel im Blick müssen folgende Aspekte aus Gewerkschaftsperspektive bei der Ausgestaltung von Szenarien und Politikoptionen in die Langfriststrategie mit einfließen:

- Gute Arbeit, Tarifbindung und Mitbestimmung müssen gleichermaßen für neue und bestehende Arbeitsplätze und Branchen gestärkt werden.
- Faire Wettbewerbsbedingungen, die Umwelt-, Lohn- und Sozialdumping durch einen Wettbewerb um Qualität von Dienstleistungen und Produkten ablösen. In Vergabeverfahren, Verkehrs- und Handelsabkommen müssen Sozialstandards und ILO-Kernarbeitsnormen verankert werden.
- Eine aktive Strukturpolitik muss nachhaltige und ökonomisch tragfähige Perspektiven schaffen, dabei insbesondere regionale und dezentrale Potentiale zur Strukturentwicklung heben und auf eine positive Beschäftigungsbilanz abzielen.
- Eine begleitende aktive beschäftigtenorientierte Industriepolitik fördert Innovationen, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit industrieller Wertschöpfung zu stärken, statt einen Dumpingwettbewerb um Arbeitsbedingungen und Umweltstandards anzutreiben.
- Qualifizierung von Beschäftigten und verstärkte Aus-, Fort- und Weiterbildung müssen die Beschäftigten befähigen, sich im Wandel neu zu orientieren und als Innovatoren neue Ideen voranzutreiben.
- Kosten und Erträge des Klimaschutzes müssen so verteilt werden, dass mögliche negative Verteilungseffekte des Strukturwandels weitestgehend eingegrenzt werden. Verbrauchergruppen dürfen nicht über ihre eigenen Fähigkeiten hinaus belastet werden.
- Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie und Mobilität müssen mit einer ambitionierten Klimapolitik im Einklang stehen.

Aus Sicht des DGB ist es entscheidend, dass eine Langfriststrategie mit dem mehrjährigen Finanzrahmen verknüpft wird, damit eine strategische Fokussierung auf gemeinsame industrie- und strukturpolitische Herausforderungen der Zukunft (Digitalisierung, Dekarbonisierung, Globalisierung, etc.) gelingen kann. Dieser Aspekt muss insbesondere angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse, die alle Regionen, Branchen und Beschäftigten Europas bedrohen könnten, stärkere Berücksichtigung finden.

Ein zusätzlich im EU-Haushalt verankerter und präventiv wirkender Transformationsfonds könnte in den betroffenen Regionen dafür sorgen, dass mit entsprechenden Finanzmitteln wirtschafts- und arbeitsmarktfördernde Projekte schon vor dem Eintreten von Strukturbrüchen initiiert werden könnten. Standortschließungen in Folge von Strukturbrüchen könnte zudem durch eine massive Ausweitung des Globalisierungsfonds begegnet werden.

Dies ließe sich auch mit der Strategie einer europäischen Industriepolitik koppeln, die sich den Zielen nachhaltigen Wachstums und sozialer Teilhabe verschreibt.

2. Anforderungen an eine europäische Energiewende

Der DGB setzt sich für eine stärker europäisch umgesetzte Energiewende ein, die insbesondere bei der Reduktion von Treibhausgasen oder beim Ausbau von (Netz-)Infrastrukturen notwendig sein wird. Im Sinne von mehr Planungssicherheit sollte zukünftig eine Harmonisierung durch die Schaffung von europäischem Primärrecht erfolgen. Ein rückwirkender Eingriff über den Umweg des Beihilferechts in die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten führt eher zu Verunsicherung. Der DGB widerspricht auch einer europäischen Energiepolitik die einer kritiklosen Alleinorientierung auf den Binnenmarkt entspricht. Nationale Steuerungsinstrumente und soziale Leitplanken sind auch weiterhin unverzichtbar.

Aus Sicht des DGB ist die Energieunion eine Chance, die notwendigen Investitionen in ein klimaverträgliches Energie- und Mobilitätssystem zum Hebel einer wirtschaftlichen Gesundung und langfristigen Stabilität Europas zu machen. „Just Transition“ muss dabei eine tragende Säule der Energieunion werden.

Der Emissionshandel (ETS) ist das zentrale Instrument zur Senkung der Treibhausgasemissionen in Europa. Dessen Funktionalität muss in der Langfriststrategie eine gewichtige Rolle spielen. Es wird darauf ankommen, dass der ETS drei Kernziele erreicht: Die effektive Reduktion von Treibhausgasen, die Förderung von Investitionen in innovative Technologien innerhalb des ETS-Sektors sowie den Schutz und Ausbau industrieller Wertschöpfung in Europa (Ziel: Anteil der Industrie am BIP von 20 Prozent).

Darüber hinaus sollte sich die EU aus Sicht des DGB dafür einsetzen, dass eine vergleichbare CO₂-Bepreisung mittelfristig auch auf Ebene der G20-Staaten aufgebaut wird. In der Langfriststrategie sollte ein solches Vorgehen ebenfalls mitgedacht und aktiv vorangetrieben werden.

3. Anforderungen an eine europäische Verkehrswende

Der DGB fordert eine sozial-ökologische Verkehrswende; dabei sind Konzepte für eine belastbare Dekarbonisierung der Antriebsseite ebenso wichtig wie eine deutlich höhere Effizienz des Verkehrssystems. Dafür sind ein integriertes Mobilitätskonzept und eine stärkere Vernetzung der Verkehrsträger sowie verkehrsträgerübergreifende Innovationen von elementarer Bedeutung.



Die Verlagerung auf CO₂-arme Verkehrsträger ist ein wichtiger Hebel zur Dekarbonisierung bis 2050. Die Ausweitung öffentlicher Investitionen in den Ausbau des Schienennetzes, der Wasserstraßen oder der ÖPNV-Infrastruktur hat deshalb eine hohe Priorität. Erforderlich ist eine Innovations- und Investitionspolitik auf europäischer Ebene, um die Technologieführerschaft bei Verkehrsinnovationen für eine langfristige Dekarbonisierung zu ermöglichen.

Auch im Verkehrsbereich ist die Energiespeicherung eine zentrale Herausforderung. Ein integriertes europäisches „Batterie-Öko-System“ zur Förderung von Elektromobilität und Energiespeicherung ist ein innovationspolitisch vielversprechendes Vorhaben. Als Ergänzung zur Elektrifizierung können erneuerbar erzeugte synthetische Kraftstoffe mittel- bis langfristig einen Beitrag leisten, um die Klimaziele auch im Transportsektor zu erreichen.

Die Potentiale der Digitalisierung und der Elektromobilität müssen verkehrsträgerübergreifend genutzt werden. Öffentliche Investitionen sollten hier einen starken Fokus auf intermodale Vernetzung, Elektrifizierung der Schienenwege, flächendeckende Ladeinfrastruktur und Batterieforschung haben.

Die öffentliche Auftragsvergabe und Beschaffung ist ein wichtiger Hebel, um die Marktentwicklung für innovative und emissionsarme Produkte voranzutreiben.

Elementarer Teil erfolgreicher Just Transition ist der Erhalt vollständiger Wertschöpfungsprozesse im Fahrzeugbau in Deutschland. Gefordert ist nicht nur eine hohe Innovations- und Investitionsbereitschaft, sondern auch die Fähigkeit, neue Personalentwicklungskonzepte zu implementieren und zu finanzieren.

Europas Verkehrsindustrie braucht ein industriepolitisches Konzept, das den Erhalt und Ausbau der industriellen Wertschöpfungsketten, des Innovationspotentials und der Arbeitsplätze am FuE- und Produktionsstandort Deutschland langfristig sichert.